

Der strategische Ansatz Usbekistans zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien

Gegenwärtig durchlebt die Weltgemeinschaft eine extrem schwierige, mit hoher Verantwortung behaftete Phase ihrer Entwicklung: die Herausbildung einer neuen Weltordnung, in der sie sich im Zeitalter der Globalisierung oftmals mit grundsätzlichen Problemen und Herausforderungen der internationalen Sicherheit wie internationalem Terrorismus, religiösem Extremismus und illegalem Drogenhandel konfrontiert sieht. Aufgrund seiner Nähe zu Afghanistan, der Hauptquelle von Instabilität in der Region, leidet gerade Zentralasien unter den direkten Auswirkungen dieser Bedrohungen.

Eine ähnliche Einschätzung der Herausforderungen und Bedrohungen, die von internationalem Terrorismus, religiösem Extremismus und Drogenhandel ausgehen, verlangt von den zentralasiatischen Staaten gemeinsame Anstrengungen, um gleiche Sicherheitsbedingungen für alle zu erreichen. Die Unterstützung, die die zentralasiatischen Staaten im internationalen Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan geleistet haben, hat die Region von der Peripherie ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit gerückt. Sie hat auch den Stellenwert der Region als eine Basis gegen die weitere Ausbreitung des internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und Drogenhandels auf globaler Ebene verändert.

Die Aussicht auf eine Normalisierung der Lage in Afghanistan und die Herausbildung langfristiger Voraussetzungen für die Herstellung von Sicherheit in Zentralasien sowie das zunehmende Interesse der internationalen Gemeinschaft an der zentralasiatischen Region schaffen in der Tat einmalige Chancen für ihre Gesamtentwicklung. Die Weltgemeinschaft ihrerseits ist gefordert, die Staaten Zentralasiens in angemessener Weise zu unterstützen, deren gemeinsame Anstrengungen zu fördern und den positiven Entwicklungen der Region von außen den notwendigen Rückhalt zu geben.

Das Tempo der weiteren Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit wird in erster Linie von der Fähigkeit der zentralasiatischen Staaten abhängen, den im Folgenden beschriebenen Bedrohungen und Sicherheitsrisiken zu begegnen.

Bedrohungen der Sicherheit in Zentralasien

Terrorismus und Drogenhandel. Trotz der jüngsten Erfolge der antiterroristischen Operation in Afghanistan ist die terroristische Bedrohung für die zentralasiatischen Staaten nach wie vor ein Destabilisierungsfaktor. Noch immer

operieren unkoordinierte Gruppen internationaler Terroristen und religiöser Extremisten auf afghanischem Territorium. Trotz der Neutralisierung der militärischen und administrativen Strukturen der Taliban, hat die internationale Anti-Terror-Koalition ihre Ziele nicht vollständig erreicht. Die militärischen und terroristischen Bedrohungen, die von afghanischem Territorium ausgehen, wurden lediglich vermindert. Der Oberbefehlshaber des Zentralkommandos der amerikanischen Streitkräfte (USCENTCOM), General Tommy Frank, bemerkte dazu auf einer Pressekonferenz am 26. Februar dieses Jahres: „Der Prozess, auf afghanischem Territorium für Stabilität zu sorgen, wird noch wesentlich länger dauern“, die Situation im Lande sei derzeit noch „düster und alarmierend“. In Afghanistan gebe es - so der General weiter - 120 Orte, an denen sich nach US-Geheimdienstangaben möglicherweise noch Al-Qaida-Kämpfer verstecken.¹

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Taliban nach einigen Schätzungen vor Beginn der antiterroristischen Operation über eine große Militärmacht mit bis zu 45.000 Mann verfügten.² Diese Kräfte - zumindest Teile davon - wurden bislang nicht ausgeschaltet, was bedeutet, dass von ihnen noch immer eine ernsthafte Bedrohung ausgeht.

Auch ist es bislang noch nicht gelungen, in Afghanistan eine starke Zentralmacht zu schaffen, die in der Lage ist, die Situation in allen Provinzen des Landes zu kontrollieren und den Prozess der nationalen Aussöhnung sicherzustellen. Nach Einschätzung vieler westlicher Beobachter könnte Afghanistan erneut „in Anarchie versinken“, da die Feldkommandeure „interne Konflikte wieder haben aufleben lassen, derer Herr zu werden die Übergangsregierung nicht in der Lage ist“. Eine weitere Eskalation der inneren Konflikte in Afghanistan könnte letztendlich zu militärischen Zusammenstößen führen, die nicht nur den Friedensprozess in Afghanistan gefährden, sondern das Land auch wieder zu einem sicheren Zufluchtsort für internationale Terroristen und Vertreter extremistischer Ideen machen könnten.

Noch immer befinden sich in Afghanistan große Mengen an Waffen und militärischer Ausrüstung. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Bevölkerung des Landes im Besitz von rund zehn Millionen leichten Infanteriewaffen.³ Da es keine staatliche Kontrolle über den Gebrauch von Schusswaffen gibt und die Nachschubkanäle gesichert und jederzeit verfügbar sind, kann jeder lokale Konflikt zu einer militärischen Auseinandersetzung eskalieren.

Die schwierigen sozioökonomischen Bedingungen und das Fehlen alternativer Einkommensquellen für die afghanische Bevölkerung sind mit die wichtigsten Gründe für den blühenden Drogenhandel in Afghanistan. Obwohl die Übergangsregierung den Anbau von Schlafmohn offiziell verboten hat, nehmen die Mohnplantagen seit Frühjahrsbeginn zu. Insbesondere im Osten Af-

1 Kammersant vom 26. Februar 2002 (diese und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

2 Vgl. The Taliban's military forces, in: Jane's Information Group, 8. November 2001.

3 Vgl. Daniel Smith/Rachel Stohl/Reyko Huang, Afghanistan: Re-emergence of State, Center for Defense Information, 21. Dezember 2001.

ghanistans ist auf einem Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche Opium angesät.⁴ Der finanzielle Vorteil des Opiumanbaus für die afghanischen Bauern liegt auf der Hand: Ein Hektar Schlafmohn bringt zehnmal soviel Ertrag wie ein Hektar Getreide. Nach Schätzungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung (*United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention*, UNODCCP) könnte die diesjährige Schlafmohnernte in Afghanistan mit 1.900 bis 2.700 Tonnen das Niveau des Jahres 2000 erreichen.⁵ Darüber hinaus wurden während der Anti-Terror-Einsätze in Afghanistan weder die „Heroinvorräte noch die kleinen Fabriken zur Herstellung von Heroin beschädigt“.⁶

Die „hervorragende“ Lage der zentralasiatischen Staaten für den Drogentransport nach Europa ist nach wie vor einer der Hauptgründe für die gesteigerten Aktivitäten terroristischer Elemente in der Region. Es ist nachweislich das Ziel der internationalen Terroristen, die ständigen Kanäle für den Drogenhandel von Afghanistan durch Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan nach Russland und weiter nach Westeuropa aufrechtzuerhalten.

Es ist bekannt, dass Afghanistan bis heute 70 Prozent der gesamten Weltproduktion an Opium produziert. Statistiken zeigen, dass die zentralasiatische Route für den Herointransport von Afghanistan nach Europa dabei ist, sich zu einer der wichtigsten Routen überhaupt zu entwickeln.

Nach den Statistiken für das letzte Jahrzehnt hat allein der usbekische Zoll nahezu 30 Tonnen Betäubungsmittel und 77 Tonnen Essigsäureanhydrid (einer der wichtigsten Grundstoffe für die Heroinherstellung) beschlagnahmt.⁷ Die russischen Grenztruppen haben im Jahre 2001 fast vier Tonnen Betäubungsmittel und 1.400 Kilogramm Heroin an verschiedenen Abschnitten der tadschikisch-afghanischen Grenze konfisziert. Tatsächlich ist Zentralasien bereits zu einem riesigen Umschlagplatz für den Drogentransport nach Europa geworden, was unweigerlich auch zu einem Anstieg des Drogenkonsums in den Ländern der Region selbst führen wird.

Das Ausmaß des Drogenschmuggels und die Verbindungen radikaler islamischer Gruppen zum Drogengeschäft belegen daher, dass ein Schlag gegen das Drogengeschäft in der Region einen direkten Schlag gegen den Terrorismus bedeutet - und umgekehrt.

Religiöser Extremismus. Eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität Zentralasiens stellen die Aktivitäten der religiös-extremistischen Gruppierung *Hizb ut-Tahrir* dar, die unter dem Deckmantel des Islam versucht, ihr politisches Ziel, den Sturz der verfassungsmäßigen Regime in Zentralasien, zu erreichen. Als Folge der Entschlossenheit und Konsequenz, mit der die Weltgemeinschaft bei der Bekämpfung des Terrorismus vorgeht, werden die extremistischen Organisationen möglicherweise aus taktischen Gründen ihre bewaff-

4 Vgl. BBC News Online vom 27. Februar 2002.

5 Vgl. Afghanistan UNDCP Opium Poppy Survey, in: www.odccp.org:80/pakistan/report_2002-02-28_1.pdf.

6 ITAR-TASS vom 11. Februar 2002.

7 Vgl. Website der Gazeta SNG vom 9. Januar 2002.

neten Angriffe und Gewaltaktionen aufgeben. Gleichzeitig könnten die Zentren des religiösen Extremismus und des Terrorismus kurz- und mittelfristig ihre materiellen und finanziellen Ressourcen auf die ideologischen Aspekte ihrer Tätigkeit in verschiedenen Regionen - darunter Zentralasien - verlagern. Die *Hizb ut-Tahrir* könnte zum wichtigsten Vorkämpfer für die Interessen der religiös-extremistischen Kräfte in der Region werden. Die Bedrohung, die von der *Hizb ut-Tahrir* ausgeht, liegt in ihrem strategischen Ziel: der Errichtung eines einzigen theokratischen Staates, und zwar nicht nur in einem bestimmten muslimischen Staat oder in einer bestimmten muslimischen Region; der Staat soll vielmehr die gesamte muslimische Welt umfassen, da die Ideologie dieser Organisation auf die Schaffung eines Weltkalifats ausgerichtet ist. Um dieses Ziel zu erreichen, rufen sie alle Muslime auf, „den *Dschihad* unaufhörlich (bis zum Tag des Jüngsten Gerichts) fortzusetzen“.

Die Tatsache, dass diese Bedrohung im Ferganatal, wo die Grenzen mehrerer zentralasiatischer Staaten aufeinander treffen, ihren Ursprung hat, macht die Frage der nationalen und regionalen Stabilität zu einer Sphäre besonderer Verantwortung. Da sich die Bedrohung nicht nur auf bestimmte Staaten und Regionen erstreckt, sondern sich gegen die gesamte Zivilisation richtet, sollte die gemeinsame Position der Staaten der Region in dieser Frage sein, die religiös-extremistischen und terroristischen Bedrohungen mit rechtlichen und allen anderen verfügbaren Mitteln zu neutralisieren.

Zur Bekämpfung dieses Übels bedarf es komplexer Maßnahmen, politischer, militärischer, finanzieller, diplomatischer und rechtlicher, sowie der Stärkung der verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Diese Maßnahmen können bilateral oder regional und international ergriffen werden. Größere Bedeutung sollte den rechtlichen Maßnahmen derjenigen Staaten verliehen werden, in denen für die Probleme Extremismus und Terrorismus soziale Ursachen erkannt wurden.

Nach Ansicht der usbekischen Regierung muss die ständige Bereitschaft und Wachsamkeit gegenüber den verschiedenen Formen von politischem und religiösem Extremismus auf Dauer zu einer vorrangigen Aufgabe der Weltgemeinschaft werden.

Die geostrategische Lage. Geostrategisch liegt Zentralasien in einer Zone vitaler Interessen der wichtigsten Weltmächte und Machtzentren, die um Einflussphären in der Region kämpfen. Die geo-ökonomischen Faktoren - ein Kampf um die Energieressourcen der Region - können die Region in naher Zukunft zu einem der „Nervenzentren“ der Weltpolitik machen.

Unter diesen Bedingungen müssen die Staaten Zentralasiens ein starkes Interesse daran an den Tag legen, die geo-ökonomische Präsenz des Westens in der Region zu stärken, ohne dabei die Interessen anderer Machtzentren zu vernachlässigen. Die Transformation der Region in einen organischen Teil des globalen politischen Raumes und der Weltwirtschaft wird jedoch nicht zum Verschwinden der objektiv vorhandenen Widersprüche führen. Gleichwohl wird dies dazu beitragen, den Gang der Ereignisse vorherzusagen und

zu bewältigen. Die Herausbildung einer Zone miteinander verflochtener Wirtschaftsinteressen in Zentralasien wird die überragende Bedeutung von Stabilität für alle politischen Akteure stärken.

Zwischenstaatliche Beziehungen. Zahlreiche ungelöste Probleme in den zwischenstaatlichen Beziehungen wie z.B. Fragen des Grenzverlaufs oder der gemeinsamen Nutzung grenzüberschreitender Flüsse haben negative Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität Zentralasiens. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass die tatsächliche Lage in diesen Fragen von den Medien stark dramatisiert wird. In einer Zeit, in der sich die Situation in der Region und um sie herum schnell verändert, erkennen die zentralasiatischen Staaten durchaus die objektive Notwendigkeit, die politische Zusammenarbeit zu entwickeln und die Kooperation auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem, kulturellem und humanitärem Gebiet sowie in anderen Bereichen zu erweitern und zu vertiefen.

Probleme beim Wiederaufbau Afghanistans

Angesichts der Schwere und der Charakteristika der erwähnten Bedrohungen geht die Republik Usbekistan bei der Erarbeitung ihrer Strategie davon aus, dass es objektiv notwendig ist, ein umfassendes System regionaler Sicherheit in Zentralasien zu schaffen, das auf den Prinzipien gegenseitigen Vertrauens, Offenheit, Festhalten an einem rationalen Gleichgewicht zwischen nationalen und regionalen Interessen und strikter Implementierung aller Beschlüsse beruht.

Die Einrichtung wirksamer regionaler Mechanismen gegen die Bedrohungen durch internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und Drogenhandel wird entscheidend von der Entwicklung des Friedensprozesses in Afghanistan abhängen. In diesem Zusammenhang kommen die Initiativen der Republik Usbekistan zur Bewältigung der afghanischen Krise, die Präsident Islam Karimow anlässlich einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten am 20. Dezember 2001 bekannt gab, zur rechten Zeit und sind gut begründet. Hervorgehoben wurde insbesondere, dass die folgenden Bedingungen zur Herstellung von Frieden und Stabilität in Afghanistan sowie zur Bildung einer legitimen und repräsentativen afghanischen Regierung berücksichtigt werden sollten:⁸

Demilitarisierung des Landes. Das Vorhandensein großer Mengen an Waffen auf afghanischem Territorium schafft die Voraussetzungen für eine neue Phase innerstaatlicher Konfrontationen - in erster Linie zwischen regionalen und Stammesführern - und kann so zur erneuten Bedrohung sowohl der regionalen als auch der globalen Sicherheit führen. Die Dringlichkeit einer Lösung dieses Problems unterstrich Präsident Karimow in einer Note an VN-

8 Vgl. Presseerklärung des Außenministeriums der Republik Usbekistan vom 20. Dezember 2001.

Generalsekretär Kofi Annan vom 18. Dezember 2001. In Afghanistan müssen so viele Waffen wie möglich aus dem Verkehr gezogen und zerstört werden, da dies die einzige Maßnahme ist, die voraussichtliche Versuche, den Prozess des Staatsaufbaus zu unterminieren, zumindest verringern und die Kriminalitätsrate senken kann.

Föderalisierung des afghanischen Staates. Es ist unstrittig, dass ein vereinigtes und unteilbares Afghanistan mit einer starken Staatsmacht, die in der Lage ist, die Situation im Lande zu kontrollieren, sowohl den Sicherheitsinteressen der zentralasiatischen Staaten als auch denen der Weltgemeinschaft dient. Es sollte gleichwohl bedacht werden, dass die gegenwärtigen Spezifika der afghanischen Innenpolitik nur wenig Aussicht auf Erfolg beim Aufbau eines Staatssystems versprechen, wenn nicht die Interessen aller wichtigen militärisch-politischen und ethnischen Gruppen berücksichtigt werden. Unter den gegenwärtigen Umständen sind alle Versuche, die afghanische Regierung zu stärken und ein neues Afghanistan aufzubauen, die ausschließlich auf militärischer Stärke beruhen, zum Scheitern verurteilt, da sie letzten Endes zu einer Militärdiktatur und zum Wiederaufleben innerafghanischer Konflikte sowie zur Zunahme separatistischer Tendenzen und zum Zerfall des Landes in kleine Fürstentümer führen. Versuche, dauerhafte und echte Stabilität in Afghanistan durch „Gentlemen's Agreements“ über Sicherheitsgarantien mit den einzelnen regionalen Führern getrennt voneinander als Gegenleistung für direkte finanzielle und andere Unterstützung zu gewährleisten, sind ebenfalls nicht akzeptabel. Es scheint, als könnten die Grundvoraussetzungen für einen Interessenausgleich zwischen den wichtigsten innerafghanischen Kräften nur auf der Grundlage föderaler Strukturen geschaffen werden.

Einrichtung eines einheitlichen internationalen Fonds zum Wiederaufbau Afghanistans. Dauerhafte Sicherheit in Afghanistans herzustellen, ist ohne die Umsetzung umfassender Programme zur humanitären, wirtschaftlichen und technischen Hilfe unmöglich. Man sollte jedoch bedenken, dass sich die Zuweisung finanzieller Unterstützung angesichts der gegenwärtigen sozioökonomischen Lage in Afghanistan als wirksamer Hebel für einen positiven oder auch negativen Einfluss auf die eine oder andere innerafghanische Gruppierung erweisen kann. In diesem Zusammenhang ist die Bereitstellung jeglicher internationaler Hilfe im Rahmen einer einheitlichen Strategie für den Wiederaufbau Afghanistans nach dem Konflikt für die Erlangung wirklichen Friedens und Wohlstands in diesem Land, das so lange gelitten hat, von entscheidender Bedeutung.

Mittelfristig muss die Lösung dieser Probleme wie es scheint zu den Prioritäten der internationalen Koalition zum Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan werden. Geschieht dies nicht, kann von der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine normale politische und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans und der Erlangung langfristiger Stabilität im Lande kaum die Rede sein; die Konsequenz wäre, dass es auch nicht möglich ist, vollständige Sicherheit für die zentralasiatische Region zu erreichen.

Unter diesen Rahmenbedingungen kann Usbekistan angesichts seiner geopolitischen Lage und seines Potentials zum Hauptinitiator von Maßnahmen zum Aufbau eines regionalen Sicherheitssystems werden. Die Republik Usbekistan widmet der praktischen Umsetzung des Vertrags von Taschkent (21. April 2000) zwischen Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan über gemeinsame Maßnahmen gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität besondere Aufmerksamkeit.

Dieser Vertrag kann als Grundlage für die Errichtung eines regionalen Sicherheitssystems in Zentralasien betrachtet werden, da er in einer Anfangsphase Folgendes erreichen könnte:

- Vereinheitlichung der nationalen Gesetze über Maßnahmen gegen Terrorismus, jede Form von Extremismus und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität;
- Schaffung und Umsetzung praktischer Maßnahmen zum Verbot von Terroristenlagern in zentralasiatischen Ländern;
- Informationsaustausch über Kriminalität und Terrorismus (über geplante oder bereits ausgeführte Aktionen, verdächtige Personen oder Organisationen, Form der Tätigkeit und Vorgehensweise);
- falls notwendig, die Durchführung gemeinsamer Aktionen von Spezialkräften der zentralasiatischen Staaten.

Angesichts der Besonderheiten der gegenwärtigen geopolitischen Situation und der Konstellation der Machtzentren in der Region, muss das regionale Sicherheitssystem auf verschiedene Ebenen aufgeteilt werden und sollte mit den bestehenden internationalen Einrichtungen zur Zusammenarbeit harmonisieren.

In diesem Zusammenhang verdient eine neue Regionalorganisation, die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (*Shanghai Cooperation Organization, SCO*)⁹, besondere Erwähnung, die von den zentralasiatischen Staaten als multilateraler Kooperationsmechanismus angesehen wird. Die Mitgliedschaft der ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats China und Russland in dieser Organisation eröffnet den zentralasiatischen Staaten zusätzliche Möglichkeiten, das Potential dieser Staaten gegen Terrorismus, religiösen Extremismus, aggressiven Separatismus und illegalen Drogenhandel zu nutzen.

Trotz aller Vorteile könnte eine Mitgliedschaft der zentralasiatischen Staaten in der SCO ihren politischen Spielraum aber auch einschränken und sie dazu zwingen, ihre Außenpolitik mit Russland und China abzustimmen, wodurch

⁹ Die SCO wurde am 15. Juni 2001 gegründet; Mitglieder sind: die VR China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan.

wiederum die Zusammenarbeit Zentralasiens mit westlichen Staaten, insbesondere den USA, zurückgehen könnte. Darüber hinaus ist die SCO keine militärpolitische Allianz, die ihren Mitgliedstaaten Sicherheitsgarantien geben könnte.

Eine militärische und politische Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten, einschließlich Usbekistans, mit den USA und den NATO-Staaten ist daher wichtig. Die Gestaltung der militärischen und technischen Zusammenarbeit hat in dieser Hinsicht Priorität. Das Schlüsselement in diesem Prozess könnte die Zusammenarbeit bei der Verstärkung der Grenzsicherheit und Verbesserung der technischen Infrastruktur sein.

Die USA arbeiten bereits mit den Staaten der Region gegen den Terrorismus zusammen. Seit der Bekanntgabe der Initiative zur zentralasiatischen Grenzverteidigung im April 2000 hat die US-Regierung 70 Millionen US-Dollar für die Schulung von Zollbeamten und Offizieren der Grenztruppen, zur Unterstützung der Terrorismusbekämpfung sowie für Kommunikation, Kontrolle und nachrichtendienstliche Aufklärung zur Verfügung gestellt. Diese Programme haben eine der Grundlagen für die Durchführung der Anti-Terror-Operation der USA in Afghanistan geschaffen.

Gegenwärtig erkennen eigentlich alle zentralasiatischen Staaten die Notwendigkeit einer amerikanischen Beteiligung an einem regionalen Sicherheitssystem an, was durch ihr Einverständnis zur Nutzung ihres Luftraums und ihrer Flughäfen durch US-Truppen und deren Verbündete bekräftigt wird. Das wiederum ist ein Beleg für den Wandel der Beziehungen zwischen den USA und den zentralasiatischen Staaten und verdeutlichen die Hoffnung der Staaten der Region auf enge Beziehungen zum Westen und insbesondere zu Washington.

Die Bereitschaft einiger zentralasiatischer Staaten, einen Teil ihrer Militärstützpunkte NATO-Standards entsprechend zu modernisieren, bedeutet auch, dass dann westliche Experten ins Land kommen werden, die die notwendige Infrastruktur aufbauen sowie Bedienungsmannschaften und Armeeeoffiziere ausbilden. Diese Form der Zusammenarbeit wird folglich zu einer langfristigen Partnerschaft auf verschiedenen Gebieten führen, die nahezu alle Länder der Region einbezieht.

Die Entwicklung einer stabileren und effektiveren Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren zentralasiatischen Partnern sowie die Einführung neuer Mechanismen für politische Konsultationen werden zu einer intensiven Kooperation im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) führen. Um ihrer neuen Funktion gerecht werden zu können, muss die NATO im Rahmen des EAPR ihre Investitionen in den Sicherheitsbereich erhöhen, dessen Probleme durch die militärischen Aufgaben des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) gelöst werden könnten. Insbesondere NATO-Initiativen zur Erweiterung und Vertiefung der PfP sollten sich auf alle Aspekte der Partnerschaft erstrecken und den Umfang der Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren Partnern erhöhen.

Insgesamt gesehen müssen aber die zentralasiatischen Staaten selbst eine maßgebliche Rolle beim Aufbau eines effektiven und stabilen regionalen Sicherheitssystems übernehmen. Vor allem ihre eigene aktive und konstruktive Haltung wird zur Bildung eines Umfelds führen, das die nachhaltige Entwicklung der zentralasiatischen Region gewährleistet. Deshalb darf die Zusammenarbeit zur Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien nicht auf Deklarationen und unüberlegten Beschlüssen und Maßnahmen beruhen, sondern muss auf bilaterale und multilaterale Abkommen aufbauen.

Regionale und internationale Kooperation und wirtschaftliche Entwicklung

Zusätzlich zum Aufbau eines regionalen Sicherheitssystems sollten die zentralasiatischen Staaten vor allem der Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet besondere Aufmerksamkeit schenken. Usbekistan fördert daher den Integrationsprozess in Zentralasien und bemüht sich um die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur Überwindung von Desintegrationstendenzen und zur flexiblen Beilegung zwischenstaatlicher Probleme in der Region.

In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der beiden letzten Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten, die am 27. und 28. Dezember 2001 und vom 28. Februar bis 1. März 2002 stattfanden, erwähnenswert. Auf diesen Gipfeltreffen wurde die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft (*Central Asian Economic Association*, CAEA), die 1994 gegründet worden war, in die Organisation für zentralasiatische Zusammenarbeit (*Central Asian Cooperation Organization*, CACO) überführt.¹⁰ Dies belegt offensichtlich das Bestreben der zentralasiatischen Staaten, die regionale Zusammenarbeit auf ein höheres Niveau zu heben. Insbesondere beim Gipfeltreffen in Taschkent im Jahre 2001 wurde deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit u.a. im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen sowie im kulturellen Bereich ebenso wie die Mitwirkung auf internationaler Ebene den Interessen aller Staaten der Region dient und Frieden und Stabilität sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene fördert.¹¹

Die Vereinbarungen, die bei den Treffen der Staatsoberhäupter erzielt wurden, haben bereits die Dynamik der zwischenstaatlichen Beziehungen in der zentralasiatischen Region verändert. So veranstalteten z.B. die Botschaften Usbekistans und Kirgisistans am 23. Januar 2002 in Washington einen Runden Tisch im US-Handelsministerium, der sich mit Investitions- und Wirtschaftsfragen befasste.¹² Gegen Ende des Besuchs einer tadschikischen Regierungsdelegation wurde am 12. Februar 2002 eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, nach denen die Staatsverschuldung Tadschikistans um zwölf Milli-

10 Vgl. Presseagentur OREANDA, 29. Dezember 2001.

11 Vgl. Pravda Vostoka vom 29. Dezember 2001.

12 Vgl. Presseagentur UzA, 25. Februar 2002.

onen Dollar reduziert und auch die Preise für usbekische Gaslieferungen an Tadschikistan gesenkt wurden.

Bemerkenswert ist auch, dass die Staatshäupter der zentralasiatischen Länder auf den genannten Gipfeltreffen besonderen Wert auf die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens in der Region gelegt haben, ein Schlüsselement für die Entwicklung der zwischenstaatlichen Kooperation. In diesem Zusammenhang ist die Initiative Usbekistans zur Schaffung eines einzigen einheitlichen Informationsraums durch die Einrichtung eines gemeinsamen Fernsehsenders der Staaten der Region ebenfalls erwähnenswert. Darüber gibt es bereits ein Abkommen zwischen Usbekistan und Tadschikistan, das während des Besuchs des tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmonow am 27. und 28. Dezember 2001 in Taschkent unterzeichnet wurde.¹³ Solche Maßnahmen tragen dazu bei, die Nationen einander näher zu bringen, indem sie über das Leben in den Nachbarstaaten informieren, und einen offeneren Dialog zwischen den Staaten herzustellen.

Die weitere Förderung und Diversifizierung des politischen Dialogs, die Verbesserung der Formen und Mechanismen der regionalen Wirtschaftsintegration, die Stärkung der gegenseitigen Verständigung über die Errichtung eines gemeinsamen Sicherheitsraums und die Erarbeitung gemeinsamer Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region werden weitgehend von der Intensivierung der multilateralen Zusammenarbeit in den politischen, wissenschaftlichen und technischen, kulturellen und humanitären Beziehungen und der Umsetzung der CACO-Vereinbarungen abhängen.

Darüber hinaus haben die zentralasiatischen Staaten ein Interesse an der Realisierung wirtschaftlicher, staatlicher und politischer Programme durch die Staatengemeinschaft. Die USA haben bereits entsprechende Vorhaben angekündigt. Da die zentralasiatischen Staaten einen humanitären Korridor für die Nahrungsmittelhilfe für Afghanistan und den Nachschub für die Anti-Terror-Koalition zur Verfügung stellen, sollte sich die langfristige Zusammenarbeit zwischen den USA und den Staaten der Region darauf konzentrieren, die militärische Kooperation mit ernst gemeinter Hilfe für die Reformen in den zentralasiatischen Staaten zu verbinden.

Das Ziel Washingtons, seine Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten, hängt mit der Komplexität und Langfristigkeit der Aufgabe zusammen, die Lage in Afghanistan zu beruhigen. Statt der Konzentration auf eine militärische Präsenz der USA in Zentralasien werden langfristige wirtschaftliche und andere Formen der Kooperation in der Region vorgeschlagen.

Fragen politischer, wirtschaftlicher, humanitärer und militärischer Art werden intensiv zwischen US-Vertretern und den Führern der Staaten in der Region diskutiert. In diesem Zusammenhang hat die amerikanische Seite wiederholt ein „höheres Niveau“ der Beziehungen zwischen den USA und den zentralasiatischen Staaten konstatiert. Insbesondere Usbekistan hat seine Ab-

13 Vgl. Presseagentur UzA, 27. Dezember 2001.

sicht bekräftigt, die Umsetzung von Programmen zur wirtschaftlichen Liberalisierung zu beschleunigen.¹⁴ Das Streben beider Seiten nach einer Vertiefung der Zusammenarbeit führte am 30. November 2001 zur Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen den Regierungen der Republik Usbekistan und der USA über die Weiterentwicklung der bilateralen Kooperation und die Unterstützung wirtschaftlicher Reformen in Usbekistan.

Wie sich bereits jetzt abzeichnet, wird der Wiederaufbau Afghanistans die Entwicklung Zentralasiens fördern; die Lieferung zentralasiatischer Waren, Materialien und Dienstleistungen nach Afghanistan hat die Wirtschaft der Staaten in der Region bereits angekurbelt. Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung der zentralasiatischen Region werden jedoch in erster Linie von der Ausbeutung der enormen Energievorräte in der Region und alternativen Exportrouten abhängen.

Die Rolle der internationalen Organisationen

Wie es scheint wird das Festhalten der US-Politik an einer vertieften und koordinierten Zusammenarbeit in allen Bereichen, darunter Sicherheit, Handel, Energiewirtschaft und die Stärkung der inneren Sicherheit der Länder in der Region durch Unterstützung bei den politischen und wirtschaftlichen Reformen, die notwendigen Voraussetzungen für langfristige Stabilität in Zentralasien schaffen.

Darüber hinaus erfordert die Bekämpfung von internationalem Terrorismus und religiösem Extremismus durch die Lösung der sozioökonomischen und politisch-sozialen Probleme der Region die Einbeziehung der Vereinten Nationen, der OSZE und anderer internationaler Institutionen in die regionalen Prozesse.

Die Einsetzung des Anti-Terrorismus-Ausschusses (*Counter-Terrorism Committee, CTC*) des Sicherheitsrats der VN kann als Parallele zur Initiative Usbekistans angesehen werden, ein internationales Zentrum der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gründen. Nun da sich die militärische Phase der Anti-Terror-Operation in Afghanistan dem Ende zuneigt, unterstützt Usbekistan den Gedanken, dass die Gesamtkoordination der Antiterrorismuspolitik und der Wiederaufbau Afghanistans unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen durchgeführt werden sollten.

In dieser Hinsicht spielt das Protokoll zwischen der Regierung der Republik Usbekistan und den Vereinten Nationen über die Förderung der Lieferung von humanitärer Hilfe von Usbekistan nach Afghanistan, das am 14. Dezember 2001 in Taschkent unterzeichnet wurde, eine wichtige Rolle.¹⁵ Während es einerseits die Lieferungen internationaler nichtstaatlicher und Regierungsorganisationen nach Afghanistan unterstützt, hat dieses Dokument anderer-

14 Vgl. Pravda Vostoka vom 6. Dezember 2001.

15 Vgl. Pravda Vostoka vom 15. Dezember 2001.

seits auch erheblich zur Beschleunigung der Durchführung langfristiger UNDP-Projekte in Usbekistan auf folgenden Gebieten beigetragen: Anhebung des Lebensstandards durch die Schaffung stabiler Einkommensquellen, Umweltschutz, berufliche Bildung, Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien in Usbekistan sowie Unterstützung der Regierung bei der Koordinierung ausländischer Hilfe.

Auch die OSZE könnte bei der Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien eine Schlüsselrolle spielen, sie müsste allerdings ihre Prioritäten, einschließlich einer Erweiterung ihres Mandats zur Koordinierung einer gemeinsamen Strategie gegen die neuen Arten der Bedrohung, neu setzen.

Die Entschlossenheit der OSZE, dem Terrorismus mit gemeinsamen Anstrengungen zu begegnen, findet ihren Ausdruck im Bukarester Aktionsplan gegen den Terrorismus aus dem Jahr 2001, der Vorschläge zur praktischen Unterstützung der zentralasiatischen Staaten enthält. Obwohl man die OSZE sicher nicht als führende Organisation zur Bekämpfung des Terrorismus bezeichnen kann, könnte sie sich doch einiger dem Terrorismus zugrunde liegender Probleme annehmen, wie etwa politischer und sozioökonomischer Ungleichheit, die der Nährboden für extremistische Ideologien ist. Die „Internationale Konferenz über die Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus“, die im Dezember 2001 in Bischkek unter der Schirmherrschaft der OSZE stattfand, setzte die Arbeit der Konferenz über Sicherheitsfragen, die vom UNODCCP und der OSZE gemeinsam im Oktober 2000 in Taschkent veranstaltet worden war, fort und war ein erster Schritt zur Umsetzung des Bukarester Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus.¹⁶

Die OSZE verfügt über ausreichende intellektuelle Ressourcen und politische Autorität, um multilaterale Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten zu unterhalten, die ein Recht darauf haben, von der OSZE Unterstützung nicht nur bei der Überwachung möglicher Konflikt- und Instabilitätsherde zu erwarten, sondern auch in ihren Bemühungen in allen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung, einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären, wissenschaftlichen und technischen Dimension sowie auf dem Bildungssektor.

Hierbei sollten bei der technischen und finanziellen Hilfe für die Staaten der Region auf der Grundlage umfassender nationaler und regionaler Programme die folgenden Bereiche als vordringlich angesehen werden:

- Stärkung der Fähigkeiten der zentralasiatischen Staaten, ihre Grenzen zu schützen und Grenzübertritte von Terroristen und organisierten kriminellen Gruppen zu verhindern. Hier sind die Lage in Afghanistan und insbesondere der illegale Drogenhandel zu berücksichtigen; andererseits

16 Vgl. www.osce.org/bishkek_conference.

dürfen dabei keine Hindernisse für den freien Handel und den Reiseverkehr entstehen;

- Unterstützung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung durch vermehrte Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen Banken, um die Wirtschaft zu fördern. Dies wird auch dazu beitragen, ausländische Investitionen anzuziehen und Geldwäsche sowie die Finanzierung des Terrorismus zu verhindern;
- Ausbildung von Spezialisten auf verschiedenen Gebieten und Bereitstellung der entsprechenden Ausrüstung und Technologie;
- Stärkung des Potentials der staatlichen Organisationen für den Kampf gegen den Terrorismus, das organisierte Verbrechen und den illegalen Drogenhandel;
- Bereitstellung von finanzieller und anderer Unterstützung, um die Ratifizierung und Implementierung der entsprechenden internationalen Abkommen zu fördern.

Die internationale Zusammenarbeit bei der Schaffung eines nachhaltigen regionalen Sicherheitssystems in Zentralasien muss also unter Beteiligung der wichtigsten Machtzentren und internationalen Organisationen stattfinden; durch sie wird die Grundlage für Kooperation und Problemlösungen in der Region geschaffen. Die internationale Unterstützung der Reformen in der Region wird Stabilität und Frieden nicht nur in Zentralasien fördern, sondern auch das Aufkommen neuer Krisenherde, die eine Bedrohung für die globale Sicherheit wären, verhindern.